

s.C.41.Pér.157.0. - BEN/gru

Bern, den 2. Februar 1973

A k t e n n o t i zPeru: Besprechung am 1.2.1973 über die politische und wirtschaftliche Situation

- Teilnehmer: - Herr Mariotti, Generaldirektor der Lima Light and Power Company, Lima
- Herr Laubacher, Verwaltungsrat der Südelektra Zug
- Herr Minister Nussbaumer
- Herr Bischof (Protokoll)

Herr Mariotti, der seit 20 Jahren als Auslandschweizer in Peru lebt, wollte die Gelegenheit seines Schweizeraufenthaltes wahrnehmen, um die zuständigen Bundesstellen über die wirtschaftliche und politische Situation in Peru zu orientieren, da eine spätere diplomatische Intervention zum Schutze der schweizerischen Interessen möglicherweise nötig sein werde. Herr Mariotti weist darauf hin, dass Südamerika zur Zeit einem tiefgreifenden Strukturwandel unterworfen sei. Wohin der Weg der Revolutionen und Reformen schlussendlich führe, sei noch nicht klar. In Peru herrsche zur Zeit eine ausgesprochene "sozialistische Euphorie", wobei es sich um einen Sozialismus mit kapitalistischer Infrastruktur handle. Das Pikante und Ungewöhnliche dabei sei die Tatsache, dass diese sozialistischen Ideen von nationalistisch gesinnten Generälen in die Tat umgesetzt würden. Es sei damit zu rechnen, dass das Privateigentum bei weiteren Grundindustrien wie Zement und Chemie in "Sozialeigentum" übergeführt werde; dabei seien auch schweizerische Interessen auf dem Spiele. Die allgemeine wirtschaftliche Lage Perus beurteilt Mariotti als gut.



Das Land habe im letzten Jahr von den USA, Japan und europäischen Staaten weitere Kreditlinien zugesichert bekommen und auch die Handels- und Zahlungsbilanz sei ziemlich ausgeglichen. Eine wirtschaftliche Krise ähnlich derjenigen in Chile sei deshalb in Peru in absehbarer Zeit nicht zu erwarten.

Zur geplanten neuen Elektrizitätsgesetzgebung konnte Mariotti nicht viel Neues berichten, da das Gesetz immer noch in Bearbeitung sei und dessen endgültige Formulierung noch keineswegs feststehe. Mariotti hat inzwischen von prominenten peruanischen Juristen ein Rechtsgutachten ausarbeiten lassen, in dem die vom peruanischen Finanzminister geplante Ausbootung der ausländischen Aktionäre der Lima Light and Power Company als verfassungswidrig erklärt wird. Die Südelektra in Zug besitze zur Zeit noch etwa 20 % des Aktienkapitals dieser seit Jahrzehnten von der schweizerischen Privatinitiative aufgebauten peruanischen Elektrizitätsgesellschaft und könne somit nach den Bestimmungen des Anden-Paktes den Status einer "nationalen Gesellschaft" beanspruchen. Man sei sich aber im klaren, dass langfristig ein weiterer Abbau der schweizerischen Beteiligung in diesem Sektor der "public utilities" nicht zu vermeiden sei. Die schweizerische Mitwirkung werde sich vermehrt auf Beraterfunktion beschränken müssen. Herr Mariotti weist aber darauf hin, dass zu den Plänen des Energieministers, der die radikalste Position in der Regierung einnehme, das letzte Wort noch nicht gesprochen sei: dieses stehe schlussendlich dem Staatspräsidenten Velasco zu, der zur Zeit sehr fest im Sattel sitze. Herr Mariotti werde am kommenden Donnerstag dieses Problem bei einer Audienz mit dem Staatspräsidenten persönlich besprechen. Die Lima Light and Power Company wird das EPD auch weiterhin auf dem laufenden halten.

(Bischof)